

## "Neun Parteien schließen sich der liberalen europäischen Föderation an" in La Libre Belgique

**Legende:** Am 29. März 1976 kommentiert die belgische Tageszeitung La Libre Belgique die Vorbereitungen auf die erste Wahl des Europäischen Parlaments in allgemeiner Direktwahl und berichtet über die Gründung einer liberalen europäischen Föderation, in der die liberalen Parteien aus acht der neun Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) vertreten sind.

**Quelle:** La Libre Belgique. 29.03.1976, n° 89; 93e année. Bruxelles: Edition de la Libre Belgique S.A. "Neuf partis adhèrent à la fédération libérale européenne", p. 4.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/neun\\_parteien\\_schlie%C3%9Fen\\_sich\\_der\\_liberalen\\_europaischen\\_foderation\\_an\\_in\\_la\\_libre\\_belgique-de-d72de90f-de4e-4420-9c7d-13a5877531a1.html](http://www.cvce.eu/obj/neun_parteien_schlie%C3%9Fen_sich_der_liberalen_europaischen_foderation_an_in_la_libre_belgique-de-d72de90f-de4e-4420-9c7d-13a5877531a1.html)



**Publication date:** 06/07/2016

## Neun Parteien schließen sich der liberalen europäischen Föderation an

(Von unserem Sondergesandten)

**Vierzehn Delegationen von Parteien, die sich auf die Grundsätze des Liberalismus berufen, haben sich Freitag und Samstag in Stuttgart versammelt, um eine europäische Föderation zu bilden. Diese Gründung fällt natürlich in den Rahmen der Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments in allgemeiner Direktwahl. Acht von neun Ländern der EWG – in Irland gibt es keine liberale Partei – waren bei diesen Arbeiten unter dem Vorsitz des luxemburgischen Premierministers Gaston Thorn vertreten.**

**Die europäischen Liberalen sind allerdings noch nicht am Ende ihrer Bemühungen angelangt. Die schwerste Aufgabe bleibt noch zu meistern: die Existenz der Föderation zu bestätigen, die nur provisorisch ist, und vor allem eine Wahlplattform einzurichten. Das wird nicht einfach werden, wie sich im Verlauf der Diskussionen in Stuttgart deutlich gezeigt hat.**

Die detaillierte Vorbereitung der Arbeit konnte eine gewisse Besorgnis bei einigen Teilnehmer – allen voran Thorn – nicht ganz zerstreuen. Die europäischen Parteien, die sich den Grundsätzen des Liberalismus verschrieben haben, liegen tatsächlich keineswegs auf der gleichen Wellenlänge.

Ist eine Assoziierung der französischen „Radicaux de gauche“, die dem gemeinsamen Programm zustimmen, und der niederländischen Liberalen, die rechts auf dem politischen Schachbrett jenseits von Moerdijk stehen, überhaupt möglich? Können so unterschiedliche Parteien derselben Erklärung zustimmen, so unpräzise sie auch formuliert sein mag?

Diese Art von Fragen war es, die sich die Beobachter Donnerstagabend bei ihrer Ankunft in Stuttgart stellten.

### Ein Test

Am Freitagmorgen hielten der deutsche Chefdiplomat Genscher, der Vorsitzende der liberalen Fraktion des europäischen Parlaments Durieux, der Bürgermeister von Stuttgart Rommel – Sohn des Generalfeldmarschalls –, Manfred Brunner, Mitglied des Exekutiv Ausschusses der EWG, und der Vorsitzende der Liberalen in Baden-Württemberg Bangemann Begrüßungsreden. Danach forderten mehrere Abordnungen den Ausschluss der Öffentlichkeit, um über den Entwurf der Erklärung zu debattieren.

Das war nicht vorgesehen und zeigte eindeutig, dass die Bildung der Föderation mehr war als eine einfache Formalität.

Von Anfang an kam es bei den Arbeiten zu Gegensätzen zwischen den beiden dänischen „Venstres“-Parteien, die sich auf nationaler Ebene schonungslos bekämpfen, zwischen den „Républicains indépendants“ von Valéry Giscard d’Estaing und den „Radicaux de gauche“, die sich wie die Sozialisten und die Kommunisten in Frankreich in der Opposition befinden etc.

Allein die Diskussion über die Namenswahl der neuen Föderation dauerte mehr als drei Stunden. In dem Erklärungsentwurf war die Rede von einer „Föderation“ der liberalen Parteien, was sowohl von den französischen Radikalen als auch von den italienischen Republikanern und den unabhängigen Republikanern Frankreichs abgelehnt wurde.

Letzteren gelang es, eine Mehrheit für ihre Sache zu gewinnen, indem sie auf die Schwierigkeiten hinwiesen, mit denen sie auf nationaler Ebene konfrontiert wären, wenn ausschließlich der Begriff liberale Partei erschiene.

Schließlich wurde mit sieben gegen fünf Stimmen und zwei Enthaltungen folgende Bezeichnung festgehalten: „Föderation demokratischer Parteien, die sich den liberalen Grundsätzen verschreiben“. Zu

bemerken ist, dass die drei belgischen Delegationen der wallonischen PLP, der PVV und der PL gegen diesen Titel stimmten und dafür, „Föderation liberaler Parteien“ beizubehalten, da sie der Auffassung waren, die Bezeichnung „demokratisch“ sei implizit in der Bezeichnung „liberal“ enthalten.

## Die Erklärung

Was den Rest angeht, so kann man in groben Zügen die Erklärung, die angenommen wurde, folgendermaßen zusammenfassen:

1) Die Föderation „begrüßt die Tatsache, dass im Jahre 1978 die ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament abgehalten werden“.

2) Die Föderation fordert, dass „das erste über allgemeine und direkte Wahlen gewählte Europäische Parlament eine Erklärung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ausarbeitet, die unmittelbar auf die Europäische Gemeinschaft angewandt werden kann“, dass „jeder Bürger das Recht hat, sich an den Europäischen Gerichtshof zu wenden, falls seine Bürgerrechte durch Entscheidungen der Institutionen der Gemeinschaft beeinträchtigt werden“ und dass „die Einschränkungen, die auf Gemeinschaftsebene noch bestehen und die Freizügigkeit der Bürger, den freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr behindern, abgeschafft werden“.

3) Die Föderation fordert, dass „das Europäische Parlament über mehr Zuständigkeiten und legislative Befugnisse in allen die Gemeinschaft betreffenden Fragen verfügt, inklusive der politischen Kooperation“ ..., „dass die Arbeit des Wirtschafts- und Sozialrates und des Ständigen Ausschusses für Beschäftigungsfragen möglichst umfassend genutzt wird, vor allem, um auf Gemeinschaftsebene die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung, der Kontrolle und den Gewinnen der Unternehmen zu sichern“.

4) Die Föderation fordert, dass „der freie Wettbewerb im System der Marktwirtschaft gefördert und vor dem Missbrauch durch Monopole und Kartelle, sowie einem übermäßigen Einfluss durch öffentliche Unternehmen geschützt wird, während die privaten Unternehmen den notwendigen Platz einnehmen müssen, um zu wirksamen Instrumenten der Demokratie und des Fortschritts in einer koordinierten Wirtschaft zu werden und so das bestmögliche Wirtschaftswachstum zu sichern und ausreichende Mittel für Maßnahmen zu Gunsten der sozial Schwachen zu mobilisieren“. Sie fordert außerdem, dass „die Umverteilung der Reichtümer sowohl über den Sozialfonds erfolgt, so dass die Ungleichheit zwischen den Menschen verringert wird, als auch über den Fonds für regionale Entwicklung, um so das Ungleichgewicht zwischen Regionen auszuräumen“.

Der Verweis auf die öffentlichen Unternehmen wurde auf Gesuch des Vorsitzenden der wallonischen PLP Damseaux zum Entwurf hinzugefügt, der die italienischen Anträge bezüglich der Umverteilung der Reichtümer und der Landwirtschaftspolitik unterstützte.

Auf der Grundlage dieses groben Umrisses sind zehn Delegationen am Samstagmorgen dem Bündnis „vorbehaltlos“ beigetreten: die drei belgischen Parteien – Herr Grootjans hat im Namen aller drei und im Namen der drei Landessprachen die Beitrittserklärung abgegeben –, die dänische „Venstres Landsorganisation“, die deutsche FDP, die französische radikale republikanische Partei und die radikale Linke, die italienische PLI, die demokratische Partei Luxemburgs und die niederländische VVD.

Die englische „Liberal Party“, der dänische „Radikale Venstres Landsforbund“, die unabhängigen Republikaner und die Bewegung der radikalen Linken Frankreichs, sowie die italienische PRI nehmen bis zum Herbstkongress in Den Haag als „Beobachter“ an den Sitzungen des Bündnisses teil.

W.V.